

SCHWERPUNKTE

Schuldenbremse für den öffentlichen Haushalt

Die SPD steht für den handlungsfähigen Staat. Wir sind überzeugt, dass es Aufgaben gibt, die nur der Staat erfüllen kann: soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur. Dafür braucht er genügend Mittel – auch langfristig. Doch seit Jahrzehnten gibt der Staat mehr Geld aus, als er einnimmt. Auch 2008 klafft im Bundeshaushalt eine strukturelle Lücke von fast 23 Milliarden Euro. Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden betragen derzeit rund 1,5 Billionen Euro. Anders: Jeder Einwohner steht mit 18.000 Euro im Minus.

Indem wir permanent über unsere Verhältnisse leben, wird das Vertrauen der Menschen und der Wirtschaft in die Zukunftsfähigkeit des Staates unterminiert. Künftige Generationen bestrafen wir sogar doppelt: Wir schränken ihre finanziellen Spielräume ein, zugleich investieren wir zu wenig in den vorsorgenden Sozialstaat. Jeder fünfte Euro der Steuereinnahmen des Bundes geht für Zinsen drauf – so viel wie die Etats des Bildungs-, Verkehrs- und Familienministeriums zusammen.

Mehr noch: Das Haushaltsdefizit geht auf Kosten der sozial Schwächeren. Denn der Staat borgt sich über sichere Anleihen Geld bei den Wohlhabenden. Bezahlen müssen die Schulden hinterher aber alle gleichermaßen. Solide Finanzen sind nicht nur die Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat, sondern auch für Gerechtigkeit zwischen den Generationen und zwischen Arm und Reich. Solide Finanzen sind ein ursozialdemokratisches Anliegen.

In allen Parteien gibt es Stimmen, die neue Schulden befürworten, um Phasen schwachen Wachstums antizyklisch abzufedern; im Aufschwung soll der Staat das entstandene Defizit dann wieder zurückfahren. Letzteres gelingt nur nie. Trotz Wirtschaftsboom und Steuerrekord haben Bund und Länderselbst im Jahr 2007 weitere hohe Kredite aufgenommen. Kein Zufall, dass der bisherige „Schuldenbegrenzungsartikel“ 115 des Grundgesetzes sich als nahezu wirkungslos erwiesen hat.

Genau deshalb brauchen wir eine Schuldenregel im Grundgesetz – mit klaren Vorgaben und Sanktionen, aber auch einem Ausnahmekatalog: Bei Naturkatastrophen oder wirtschaftlichen Extremsituationen muss der Staat einen gewissen Verschuldungsspielraum behalten. Allerdings mit der Pflicht, die Schulden im Aufschwung tatsächlich wieder abzubauen.

Eine solche Regel ist schon deshalb alternativlos, weil der Druck auf die öffentlichen Haushalte

massiv zunehmen wird: enorme Beamtenpensionen, ganz zu schweigen von den Kosten für die Sozialversicherungen infolge des demografischen Wandels. Diese so genannte „implizite Verschuldung“ übersteigt die „explizite Verschuldung“ von rund 1,5 Billionen Euro um ein vielfaches. Anstatt also neue Kredite zu fordern, sollten Sozialdemokraten klare Prioritäten ihrer Haushaltspolitik definieren – und die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen.